



## WEICHENSTELLUNG FÜR ÖSTERREICH

Der „Fahrplan der  
Industrie“ weist den  
Weg aus der Rezession

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M

Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



### FORSCHUNG & INNOVATION

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann  
im Interview

Seite 5



### WIEN

Gerhard Hirzki: Wien hat sich  
enorm entwickelt!

Seite 12

### IV-ZUKUNFTSMONITOR

Vertrauen in Industrie und  
Unternehmen hoch

Seite 4

# EU-Sonderzölle auf E-Autos aus China

Ende Oktober wird mit den finalen Ergebnissen der Anti-Subventionsuntersuchung sowie einem entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle gerechnet. Welche Effekte hätten diese Zölle?

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2023 aufgrund des Verdachts auf wettbewerbsverzerrende Subventionen ein Verfahren gegen Elektrofahrzeuge aus China eingeleitet.

Innerhalb Europas unterstützt vor allem Frankreich die Maßnahmen, während Deutschland skeptisch bleibt. Deutsche Autobauer haben sich weitgehend gegen neue Zölle ausgesprochen; aufgrund der befürchteten Gegenreaktion Chinas. Auch Österreich warnte vor einer drohenden Vergeltungsspirale.

## Internationaler Vergleich

Die USA haben zuletzt ihre Zölle auf chinesische Elektroautos von 25 Prozent auf 100 Prozent erhöht und heben Zusatzzölle unter anderem auch auf Stahl- und Aluminiumprodukte sowie Halbleiter ein. Auch Kanada zog mit einem Zollsatz von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos sowie 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus China nach.

## Preissteigerung erwartet

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO schätzt in einer aktuellen Studie eine langfristig geringfügige Preissteigerung in der EU durch Sonderzölle um durchschnittlich 0,3–0,9 Prozent. Kurzfristig wären jedoch größere Effekte zu erwarten. Insgesamt rechnen Expertinnen und Experten mit einem Rückgang der Kfz-Einfuhren aus China um 42 Prozent. Die Produktion in der EU könnte der Studie zufolge leicht steigen: Es wird mit einer Erhöhung der Wertschöpfung um 0,4 Prozent gerechnet.<sup>1</sup> 2023 wurden noch 500.000 E-Autos aus China in die EU importiert.



## EU-Mitgliedstaaten entscheiden

Die Europäische Kommission wird den Mitgliedstaaten voraussichtlich Ende Oktober 2024 die finalen Ergebnisse der Anti-Subventionsuntersuchung sowie den entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle vorlegen. Die Mitgliedstaaten entscheiden dann über die Einführung mit qualifizierter Mehrheit. Die Zusatzzölle könnten folgend

ab Herbst 2024 vorerst für eine Dauer von fünf Jahren gelten. Aktuell beträgt der reguläre Zollsatz auf Kraftfahrzeugimporte dieser Kategorie zehn Prozent, Strafzölle würden nun zusätzlich zu diesem Satz auferlegt werden.

Konkret könnten einer ersten Mitteilung über den Untersuchungsabschluss zufolge endgültige Zölle zwischen 17 Prozent

und 36,3 Prozent fixiert werden. BMW und Volkswagen würden damit beispielsweise einen Zollsatz von 21,3 Prozent bezahlen, Tesla allerdings nur mehr neun Prozent.

<sup>1</sup> Studie: „Kiel Policy Brief: Time to be Open, Sustainable, and Assertive: Tariffs on Chinese BEVs and retaliatory measures“ (IFW Kiel, WIFO, FIW, ASCII; Juli 2024).

## Expertenmeinung von DIETER DREXEL

# Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP): Selbstverpflichtung als Hypothek für den Standort?

Eine der letzten Aktivitäten der Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode war die Übermittlung des NEKP-Entwurfs an die EU-Kommission. Der NEKP, eine Art gesammelte Werke zur Energie- und Klimapolitik eines Landes, soll gegenüber der EU-Kommission die Ernsthaftigkeit belegen, mit der ein Mitgliedsstaat sein jeweiliges Klimaziel bis zum Jahr 2030 verfolgt.

Für Österreich liegt dieses Ziel bei minus 48 % gegenüber dem Basisjahr 2005. Über die Aussichten Österreichs, dieses Ziel zu erreichen, lässt sich trefflich streiten, immerhin hat bis vor Kurzem eine Lücke von 13 Prozentpunkten zwi-

schen sämtlichen auf mehreren Hundert Seiten im NEKP aufgelisteten Maßnahmen und dem genannten Ziel von 48 % geklafft. Über den Sommer konnte diese Lücke vermeintlich geschlossen werden, insbesondere mit der mittlerweile breit kolportierten Maßnahme, die „klimaschädlichen Subventionen“ abschaffen zu wollen. Eine solche Maßnahme hätte zweifelsohne eine relevante Wirkung auf die Emissionen unseres Landes, allerdings wohl auch auf den finanziellen Spielraum von Menschen und Unternehmen, denn solche sogenannten „klimaschädlichen Subventionen“ sind prominente Instrumente (wirtschafts-)politischer Gestaltung. Je nach Quelle sind solche vermeintlichen „Subven-

tionen“ das Dieselprivileg, die Pendlerpauschale, die Steuerfreiheit von Flugbenzin, die Dienstwagenbesteuerung, freie Zertifikate im Emissionshandel, die Energiesteuerrückerstattung für energieintensive Unternehmen u. a. m. Diese Liste kennend verwundert es auch nicht, dass die Interpretation der Verbindlichkeit des sommerlichen Lückenschlusses der oben genannten 13 Prozentpunkte selbst innerhalb der Bundesregierung unterschiedlich ausfällt.

Während die Grünen mit der NEKP-Einigung bereits einen Gutteil der genannten Themen erledigt wissen wollen, sieht die ÖVP erst den Beginn eines Prozesses zur näheren Definition „klimaschäd-



Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, Umwelt; Industriellenvereinigung.

licher Subventionen“. Was dies für die Ernsthaftigkeit bedeutet, mit der unser österreichischer, nun in Brüssel liegender NEKP die Zielerreichung bis 2030 unterlegt, soll an dieser Stelle ebenso wenig diskutiert werden wie die Plausibilität der politischen Zielsetzung, gerade einmal zehn Jahre später, nämlich bis 2040, als Volkswirtschaft gänzlich klimaneutral sein zu wollen.



# Endlich raus aus der Rezession!

Österreich muss die Weichen neu stellen: Weg vom Vollkasko-Staat, hin zu Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Weg vom völlig reaktionären Belastungsmantra, hin zu Fortschritt, Innovation und Leistung – nur das schafft neuen Wohlstand.



W er die aktuelle Realität in der österreichischen Wirtschaft kennt, war nicht überrascht: die österreichische Nationalbank senkte Mitte September die Wachstumsprognosen für 2024 und 2025 drastisch. 2024 ist ein weiteres Rezessionsjahr.

Umso mehr wird die anstehende Nationalratswahl für Österreich zu einer Richtungsentscheidung: Wollen wir die Weichen Richtung Zukunft und Aufschwung stellen oder biegen wir ab in eine Welt der Steuererhöhungen, weniger Leistung und weiterer Aufblähung des schuldenfinanzierten Sozialstaats inklusive Unternehmensvertreibungsprogramms? Wann, wenn nicht jetzt – im dritten Jahr der Wirtschaftsschrumpfung – muss es in diesem Land ein Zurückbesinnen auf offenbar vergessene Tugenden geben. Wir müssen weg vom Vollkasko-Staat,

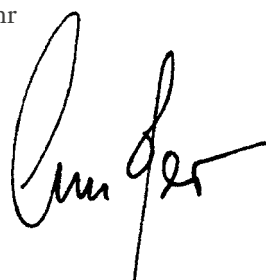
der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie zu diffamieren und zu vertreiben. Treten wir dem gelebten Unternehmer-Bashing entschieden entgegen!

Wir brauchen Wachstum, um uns sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen zu können, und nicht immer höhere Sozialausgaben auf Pump. Angesichts eines Staatshaushaltes, der an der Grenze zum EU-Defizitverfahren kratzt, ist dies umso dringlicher. Wir müssen mit dem Missverständnis aufräumen, dass eine Ausweitung des Sozialstaats zu mehr Wohlstand führt. Im Gegenteil, das kann nur mit diesem Rezept gelingen: Fortschritt, Innovation und Leistung schaffen Wohlstand. Diese Werte sind es, für die auch die heimische Industrie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

Entscheiden wir uns am 29. September für eine ehrliche Entlastung bei Steuern und Bürokratie. Wählen wir Offenheit in den Bereichen Technologieentwicklung und Welthandel. Wählen wir eine grüne Transformation, die im Sinne eines Wachstumsdeals auf die Chancen ausgerichtet ist. Entscheiden wir uns für einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

Beunruhigend für den Sozialstaat ist hingegen, dass die Gruppe der Einkommensteuer-Zahler schrumpft. Vor 20 Jahren hatte die Gruppe derjenigen, die KEINE Einkommensteuer bezahlen, lediglich einen Anteil von rund einem Viertel, nun ist diese Zahl auf rund 34 Prozent angewachsen. Immer weniger arbeitende Menschen finanzieren dieses System. Ein Umstand, der uns bei den Pensionen längst auf den Kopf fällt.

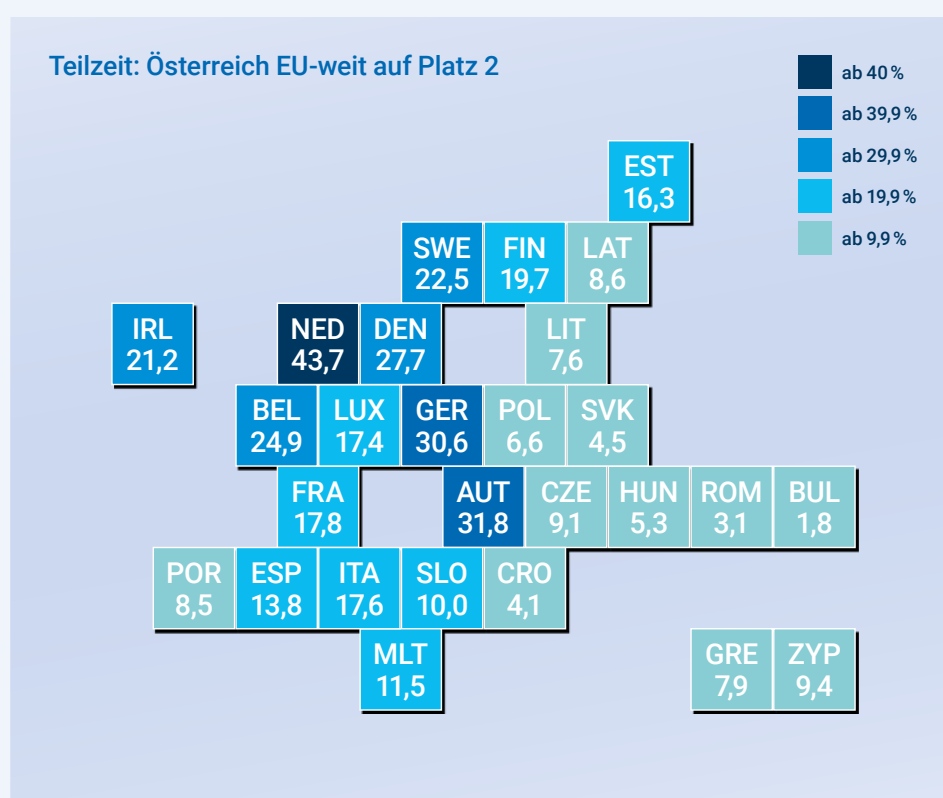
Wir als Industriellenvereinigung haben einen Fahrplan ausgearbeitet, der einen Weg aus dem wirtschaftlichen Schlammloch weist (siehe Seiten 6-7). Dieser steinige Weg führt vorbei an so mancher unpopulären Maßnahme, ist aber alternativlos. Wir müssen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft jetzt stärken und den Weg Richtung Zukunft und Aufschwung ebnen.

Ihr  


Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

## Grafik des Monats

Österreich hat beim Anteil der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse einen zweifelhaften Stockerlplatz in der Europäischen Union: 31,8 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten im 1. Quartal 2024 in Österreich in Teilzeit – nur in den Niederlanden ist dieser Anteil mit 43,7 Prozent noch höher; am dritten Platz steht Deutschland mit 30,6 Prozent. Vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsländern ist die Teilzeitquote viel niedriger, in Bulgarien sind es nur 1,8 Prozent. Für Österreich liegen auch bereits die Zahlen für das zweite Quartal 2024 vor: Laut Statistik Austria arbeiteten von April bis Juni 51,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern waren es 13,9 Prozent. Vor 30 Jahren lag die Frauen-Teilzeitquote hierzulande nur bei 26 Prozent, bei Männern bei vier Prozent. Angesichts des jetzt bereits erheblichen Fach- und Arbeitskräftemangels wäre eine Senkung der Teilzeitquote enorm wichtig, um Arbeitskräftepotenziale zu heben. Dafür müssen aber entsprechende Reformen umgesetzt werden.



## Zahl des Monats

# 210.000

Das ist die Anzahl der aktuell in Österreich fehlenden Fach- und Arbeitskräfte laut einem aktuellen Bericht des Wirtschaftsministeriums an das Parlament. Die demografische Entwicklung wird allerdings dafür sorgen, dass diese Zahl in den nächsten zehn bis zwölf Jahren auf rund 540.000 ansteigen wird. Die Jahrgänge der Babyboomer-Generation, die jetzt in Pension gehen, sind größer als jene Jahrgänge, die im erwerbsfähigen Alter sind bzw. jetzt nachrücken. Gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die erwerbsfähige Bevölkerung wohl bereits heuer erstmals nicht mehr zunehmen und von 5,54 Millionen Menschen bis zum Jahr 2035 auf 5,3 Millionen abnehmen.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at  
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.  
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek, Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Media Apparat bzw. Österreichische Akademie der Wissenschaften, IV-Burgenland/Adobe Stock, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/iStock, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Wirtschaftsagentur Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





# IV-Zukunftsmonitor – Österreich 2024

Nur ein Viertel der Befragten ist mit dem politischen System zufrieden. Die Mehrheit spricht sich für Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel aus. Das Vertrauen in Industrie und Unternehmen ist weiterhin hoch.

Der IV-Zukunftsmonitor ist ein mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführter sozialwissenschaftlicher Indikator und liefert seit 2019 umfassende empirische Daten über den aktuellen und künftigen Zustand der österreichischen Gesellschaft. Die Erkenntnisse des IV-Zukunftsmonitors sollen dazu beitragen, die Lebenssituation der Menschen im Land und ihre Erwartungen an die Zukunft (besser) zu verstehen. Das unterstützt Unternehmen bei der Planung der Zukunft und die Politik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Auftaktveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors 2024 fand am 9. September im Haus der Industrie mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Das mit Petra Draxl (AMS), Georg Feith (CAG Holding GmbH), Judith Kohlenberger (WU Wien) und Kathrin Stainer-Hämmerle (FH Kärnten) hochkarätig besetzte Expertenpodium zeigte mit Moderator Markus Hengstschläger (Meduni Wien) klar: Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um dem Fachkräftemangel in Österreich wirkungsvoll entgegenzutreten. Migration spielt dabei eine maßgebliche Rolle, ist die Geburtenbilanz ab 2030 doch kontinuierlich negativ. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte in seiner Eingangsrede, dass ohne Zuzug aus dem Ausland der steigende Arbeitskräftebedarf (540.000 in den nächsten zwölf Jahren) nicht zu stemmen sein wird. Hierfür bedarf es einer umfassenden Migrationsstrategie, die eine erfolgreiche Integration der ausländischen Arbeits- bzw. Fachkräfte und ihrer Familien gewährleistet. Mehr als die Hälfte der Befragten des



Der IV-Zukunftsmonitor wurde im Rahmen der Präsentation im Haus der Industrie von Experten diskutiert.

IV-Zukunftsmonitors erkennt die Notwendigkeit von Migration und stimmt Migration zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausdrücklich zu.

Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in eine positive Entwicklung des Landes sinkt jedoch zusehends: 68 % der Befragten glauben, dass Österreich sich in die falsche Richtung entwickelt. Trotz hohem Interesse an Politik ist fast die Hälfte der Befragten mit dem politischen System in Österreich derzeit nicht zufrieden. Positiv hervorzuheben ist das hohe Vertrauen in Unternehmen; sie belegen nach der Polizei Rang zwei im Vertrauensranking der Institutionen, noch

vor Justiz und Gerichten, die traditionell ein hohes Vertrauen genießen. 77 % der Befragten stimmen zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, und 68 % sind der Überzeugung, dass die Industrie der Motor der österreichischen Gesamtwirtschaft ist. Allerdings ist nur rund ein Drittel der Meinung, dass das wirtschaftliche und politische Klima in Österreich günstig für Unternehmensgründungen ist. In Bezug auf eine neue Regierung gilt daher der Appell, durch sachorientierte Politik die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmertum zu fördern und das Vertrauen und die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit dem politischen System zu steigern.



## WEBTIPP

Alle Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors: [www.zukunftsmonitor.at](http://www.zukunftsmonitor.at).

## Expertenmeinung von KARL FUCHS

# Breite Ablehnung von Steuer-Luftschlössern

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass Vermögen- und Erbschaftsteuern in Österreich unpopulär sind. Die Befragten sind überzeugt, dass auch der Mittelstand betroffen wäre.



Die Fantasie manch wahlwerbender Gruppierung, wonach mit neuen Vermögen- und Erbschaftsteuern das Budget gerettet würde und damit auch noch Beliebtheits-Contests zu gewinnen seien, erweist sich als Luftschloss. Medienübergreifend wurde zuletzt etwa die SPÖ-Rechnung, wonach solche Steuern zahllose Wahlzuckerln finanzieren könnten, zerlegt. Nun weist eine neue Umfrage (Stichprobe: 800 Befragte/Schwankungsbreite: +/- 3,5%), die Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums und der Industriellenvereinigung durchführte, nach, dass auch die Bevölkerung diese neuen Steuern rundweg ablehnt.

## Steuern fressen Wohlstand

So sehen laut der Umfrage 65 Prozent der Befragten die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch solche Steuern gefährdet, fast gleich viele (64%) sehen den heimischen Wohlstand bedroht. Neue Vermögen- und Erbschaftsteuern würden, so sagen es zudem 62 Prozent der Befragten, nicht nur „Superreiche“, sondern auch „den Mittelstand“ und heimische Familienbetriebe treffen. Willkürlichen Freigrenzen, die zur Besänftigung der Wählerschaft kommuniziert wurden, wird also kein Glauben geschenkt. Selbst die Hälfte der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler ist der Meinung, dass der Mittelstand betroffen sein würde. Nicht umsonst wurden die damals bestehenden



Karl Fuchs, Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik, Unternehmensrecht; Geschäftsführer Aktienforum; Industriellenvereinigung.

Vermögenssteuern ja auch 1993 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft. Konkret zu Erbschaftsteuern befragt halten 68 Prozent der Befragten diese für eine Form von „Doppelbesteuerung“ und lehnen diese ab. Vermögenssteuern halten 74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Schnüffelsteuer“. Bei den befragten SPÖ-Wählerinnen und -Wählern sind es noch immer 67 Prozent.



# Forschung und Innovation als „wesentliche Triebkräfte“

Heinz Faßmann ist seit 2022 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und spricht im Interview über die Rolle der Grundlagenforschung und Möglichkeiten, Forschung und Innovation in Österreich und Europa zu stärken.



Heinz Faßmann ist Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Was sind aus Ihrer Sicht als Präsident der Akademie der Wissenschaften wichtige Weichenstellungen für die FTI-Politik Österreichs?**

**Heinz Faßmann:** In einem Land ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit hohen Löhnen, ausgebauten Sozialstandards und mit einer alternden Bevölkerung stellen Forschung und Innovation die wesentlichen Triebkräfte einer erfolgreichen Wirtschaft dar. Was sollte sonst den Erfolg auf den Märkten der Welt sicherstellen, als innovative Produkte, die besser sind als die der Konkurrenz? Daraus folgt ein klares Bekenntnis der Politik zu wachsenden Forschungsbudgets, aber auch zur langfristigen Absicherung derselben. Wir haben die 3% Forschungsquote erreicht, wir sollten für die kommenden Jahre 4% anvisieren; wir haben dreijährige Leistungsvereinbarungen erreicht, wir sollten diese um weitere drei Jahre erweitern. Wir können uns keine Zickzack-Politik leisten, wir brauchen Strategie und langfristige Planungssicherheit.

**Was braucht eine strategische FTI-Politik in Europa und wie können wir Österreich auf europäischer Ebene positionieren?**

Europa befindet sich im Wettkampf gegen die USA und China und verliert derzeit an Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Innovationskapazität. Es ist daher richtig und wichtig, dass wir mit Horizon das weltweit größte Forschungsprogramm auflegen, und gleichzeitig ist es wichtig, die Mitgliedstaaten nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. So gut kann Horizon gar nicht dotiert werden, um das auszugleichen, was die Mitgliedstaaten verabsäumen. Vier Staaten in der EU übertreffen die Forschungsquote von 3% des BIP, aber sieben Staaten liegen unter einem Prozent. Wenn wir Europa im globalen Wettbewerb stärken wollen, dann müssen wir alle mehr investieren, den Wettbewerb um Forschungsgelder stärken, teure Infrastrukturen gemeinsam betreiben und die Schrebergartenmentalität aufgeben.

**Wir haben in der österreichischen FTI-Landschaft viele Akteure – wie können wir robuste und innovative Ökosysteme bauen und den Technologietransfer sowie Gründungen stärken?**

Ich bin als Akademiepräsident Vertreter der Grundlagenforschung; wir forschen breit, unabhängig und ergebnisoffen. Forschende haben ein besseres Gefühl für gute Forschungsfragen als die ministerielle Bürokratie oder die politischen Berater. Mir ist trotz der Grundlagenorientierung der gesamte Forschungsbogen wichtig und ich lege Wert darauf, dass Forschung nicht zum Selbstzweck betrieben wird. Forschung muss auch vor dem Hintergrund der eingesetzten Steuergelder eine inhaltliche Legitimation erfahren: Wohin führt die Forschung, welcher gesellschaftliche Mehrwert wird damit erzielt, gibt es konkrete Anwendungsmöglichkeiten? Das sind Fragen, die wir intern immer wieder diskutieren. Die ÖAW ist übrigens jene außeruniversitäre Institution mit den

meisten Spin-offs, und wenn wir unser Fächerspektrum berücksichtigen, auch jene mit den meisten ERCs.

**Spitzenforschung findet in einem hochkompetitiven Umfeld statt. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um für internationale Talente attraktiv zu sein und die besten Köpfe in Österreich zu halten?**

Es ist nicht nur das Gehalt, das intellektuelle Umfeld, und es sind nicht nur die Kooperationen mit den Universitäten und den forschungsstarken Unternehmen und nicht nur die Lebensqualität in dieser Republik – es ist alles zusammen. Wir sind ein Forschungsland und wir arbeiten auch an der ÖAW täglich daran, die Attraktivität des Forschungslands zu verbessern und die Botschaft nach außen zu tragen.

## NÄCHSTES EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM AUS SICHT DER IV

Die Industriellenvereinigung hat ihre Positionen zum kommenden Forschungsrahmenprogramm der EU vorgelegt. Der Input fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs.

Auf EU- und Mitgliedstaatenebene laufen die Debatten zu einem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm immer intensiver. Die Empfehlungen der von der EU-Kommission eingesetzten High Level Expert Group zu FP10 werden demnächst veröffentlicht. Die IV hat ihre erste Positionierung eingebracht, die sie über die neu aufgesetzte IV-„EU Task Force FTI“ erarbeitet hat. Der Input der IV fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs, die durch das entsprechende Ressort des BMBWF koordiniert wird.

### AUSGEWÄHLTE SCHLÜSSELPRIORITÄTEN DER IV FÜR DAS FP10:

- Die IV fordert ein schlagkräftiges und von anderen Initiativen klar abgegrenztes Budget von mindestens 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.
- Das EU-Forschungsrahmenprogramm stärkt nicht nur für Europa, sondern auch in Österreich exzellente europäische Spitzenforschung und transnationale Kollaboration und hat daher enorme strategische Relevanz. Dies stellt einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für EU-FTI-Ökosysteme gegenüber globalen Mitbewerbern dar. Wie seine Vorgänger muss FP10 daher Bereiche für angewandte und transnationale kollaborative Forschung und Entwicklung stärken, die fast ausschließlich in der derzeitigen zweiten Säule des Programms stattfinden.
- Öffentlich-private FTI-Partnerschaften sind zentral für die Umsetzung von strategisch-langfristigen F&E-Agenden und haben einen starken Hebel für die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien, für die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Weiterentwicklung der Industrie. Sie sollten ein klarer Schwerpunkt von FP10 sein.
- Es braucht einen stärkeren proaktiven Austausch mit der Industrie, nicht zuletzt aus strategischem Interesse für Europa. Um der hohen strategischen Bedeutung der kollaborativen Forschung und Entwicklung im FP gerecht zu werden, sollte ein industriegeführtes High-Level-Board für „Industrial Competitiveness and Technology Development“ für die zweite Säule des FP eingerichtet werden.
- FP10 muss von einem ergebnisorientierten Ansatz und dem Kriterium der Exzellenz getragen werden.



## FÖRDERUNG VON MINT-REGIONEN AB 2025

MINT ist die Superkompetenz unserer Zeit. Sie ist nicht nur Grundvoraussetzung, um unsere immer komplexer werdende Welt verstehen zu können, sie eröffnet auch beste Karriereperspektiven und die Möglichkeit, die Lösungen für die großen gesellschaftlichen Probleme aktiv mitgestalten zu können.

Um mehr junge Menschen für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu begeistern, bündeln Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine und die kommunale Verwaltung seit 2023 ihre Kräfte in bereits 14 „MINT-Regionen“, einer Initiative, die von der IV gemeinsam mit dem BMBWF und in Kooperation mit der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der aws ins Leben gerufen worden ist. Nun wurde ein Fördercall für ausgezeichnete MINT-Regionen über eine Mio. Euro aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich angekündigt, um ab 2025 kooperative MINT-Projekte mit Fokus auf Chancengleichheit zu unterstützen.

Bereits jetzt und bis 20. Jänner 2025 ist die Bewerbung um das „MINT-Regionen“-Qualitätslabel möglich, das Voraussetzung für eine monetäre Projektförderung ist.

Weitere Informationen: [www.mint-regionen.at](http://www.mint-regionen.at).

# Weichenstellung für die Zukunft

*Der „Fahrplan der Industrie“ weist den Weg zu wichtigen wirtschaftspolitischen Stationen, die den Boden für den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung bereiten.*

Das dritte Quartal 2022 markiert den Beginn einer konjunkturellen Abwärts-spirale in der österreichischen Industrie – und derzeit ist kaum Licht am Horizont erkennbar, wie die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung bestätigt. Die Bruttowertschöpfung lag im zweiten Quartal real um mehr als drei Prozent unter jener des vergleichbaren Zeitraums des Jahres 2023. Für die zweite Jahreshälfte rechnen Ökonomen bestenfalls mit einer Stagnation. „Die anstehende Nationalratswahl wird für Österreich zu einer Weichenstellung: Nehmen wir die richtigen Abzweigungen, führen uns die nächsten Stationen in den Aufschwung“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. „Die gute Nachricht: Der richtige Fahrplan liegt am Tisch – jetzt geht es darum, sich möglichst schnell auf den Weg zu machen.“

Österreichs exportorientierter Industrie fehlt es derzeit an starken außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom wichtigen deutschen Markt ist auf absehbare Zeit nicht mit solchen zu rechnen, aber auch aus Fernmärkten wie den USA oder China sind die Signale derzeit verhalten. Hinzu kommen stark gestiegene Kosten, die die Position am hart umkämpften Weltmarkt noch schwieriger gestalten: Die Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch, die Energiepreise steigen wieder und die enorm gestiegenen Berichtspflichten haben die Bürokratie zu einem deutlich spürbaren Kostenfaktor werden lassen.

## Keine neuen Steuern

Die erste Weiche, die gestellt werden muss, ist für die Industriellenvereinigung klar: ein sofortiger Stopp für neue Belastungen. „Die im Wahlkampf mehrfach gewälzten neuen Steuerideen müssen sofort vom Tisch“, fordert Knill. „Allein die Diskussion über neue Steuern auf Eigentum und die Wiederbelebung zu Recht abgeschaffter Steuern schadet dem Standort bereits enorm.“ Österreich hat bereits jetzt eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten und damit kein Einnahmenproblem. Dass das vorhandene Steuergeld besser eingesetzt werden kann, sehen auch breite Teile der Bevölkerung so: Eine Befragung von Peter Hajek im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Aktienforums ergab, dass 82 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Ansicht sind, dass für die Finanzierung von Kindergärten und Pflege keine neuen Steuern notwendig sind (Details zur Umfrage siehe Expertenmeinung auf Seite 4).

Die nächste Station am Fahrplan Richtung Aufschwung und Zukunft sind aus Sicht der Industrie breite Entlastungsmaßnahmen. Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Eine der wichtigsten Stellschrauben sind für die IV die Lohnnebenkosten: „Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist ein Win-win: Sie würde den hohen Kostendruck der





Betriebe mildern und dafür sorgen, dass auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Netto vom Brutto bleibt“, so der IV-Präsident.

#### Strukturreformen

Neben diesen unmittelbaren Nachjustierungen im Steuersystem braucht es laut Knill auch mutige Strukturreformen, um die angespannte Budgetsituation nachhaltig zu entlasten. „Für keinen anderen Politikbereich wird mehr aus dem Bundesbudget zugeschossen wie für die Pensionen – es sind dafür vier Mal so viel Mittel vorgesehen wie für Wissenschaft und Forschung“, mahnt Knill. Kurzfristig brauche es dringend eine Anhebung der Untergrenze des Korridor pensionsalters; langfristig eine laufende Anpassung des Pensionssystems an die gestiegene Lebenserwartung. Zwei Drittel der OECD-Staaten haben bereits ein Nachhaltigkeitssystem implementiert.

#### Industrial Deal

Eine weitere Weichenstellung ist in Sachen Green Deal notwendig: „Umwelt- und Industriepolitik hängen eng zusammen, das scheint in den vergangenen Jahren vor allem auf EU-Ebene übersehen worden zu sein. Die Industrie versteht die grüne Transformation als enorme Chance und es ist uns bewusst, dass wir an einem der stärksten Hebel für die Umsetzung sitzen. Dafür braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen und

keine einseitige, populistische Klimapolitik“, sagt Knill. Der Green Deal müsse neu gedacht werden und als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

#### Weniger Bürokratie

Um Berichts- und Meldepflichten für Unternehmen zu reduzieren, gibt es viele kleine Schrauben, an denen gedreht werden muss – dabei geht es um Maßnahmen wie Einheitlichkeit bei der Auslegung der EU-Berichterstattung oder auch die Durchsetzung des Once-Only-Prinzips. Aber auch schon kleinere Schritte wie die Möglichkeit, die Unterlagen auf Englisch einzureichen, sei es zum Firmenbuch oder auch das Führen der Bücher und Aufzeichnungen im Bereich des Steuerrechts, wären eine wesentliche Erleichterung“, erklärt der IV-Präsident.

Dieser „Fahrplan der Industrie“ habe das Zeug dazu, Österreich aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu geleiten und den richtigen Rahmen zu schaffen, um kommende Wachstumsimpulse bestmöglich nutzen zu können. „Wenn es dann noch gelingt, die EU-Pläne zur Stärkung des Binnenmarkts umzusetzen und Partnerschaften mit dynamischen Wirtschaftsräumen in anderen Weltregionen umzusetzen, wäre der Boden für einen Aufschwung gut aufbereitet“, so Knill abschließend.



# Industrie setzt auf konsensorientierte Bildungsreformen

Im Haus der Industrie diskutierten die Bildungssprecher der Parlamentsparteien über die Zukunft des Bildungssystems in Österreich. Dabei ging es um konkrete Lösungsansätze.

Anfang September kamen die Bildungssprecherinnen und Bildungssprecher aller Parlamentsparteien im Haus der Industrie zusammen, um über die Zukunft des österreichischen Bildungssystems zu diskutieren. Unter dem Titel „Bildung: Das Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort! Lösungen finden. Konsens schaffen. Zukunft gestalten“ präsentierten die Parteienvertreterinnen und Parteienvertreter konkrete Lösungsansätze für die Herausforderungen im österreichischen Bildungssystem.

## Mutige Reformen

Aus Sicht der IV ist klar, dass mutige Reformen in der künftigen Legislaturperiode dringend notwendig sind, um das Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe nachhaltig zu stärken und somit die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft zu legen. Beste Bildung ist zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

## Konsens über Bildungsziele notwendig

Die Industriellenvereinigung brachte drei wesentliche Forderungen vor, die als Grundlage für die Diskussion dienen:

### 1. Einführung eines bundesweiten Qualitätsrahmengesetzes für die Elementarbildung:

Um allen Kindern in Österreich die gleichen Startchancen zu ermöglichen, ist ein einheitliches Gesetz notwendig, das klare Rahmenbedingungen für die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung festlegt. Dies soll dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und ein starkes Fundament für den Bildungserfolg jedes Kindes zu schaffen.

### 2. Stärkung der Grundbildung durch eine Bildungspflicht bis zur achten Schulstufe:

Die IV setzt sich für die Einführung einer Bildungspflicht ein, die alle Schülerinnen und Schüler mit den notwendigen praxisbezogenen Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch ausstattet. Besonders wichtig ist der Fokus auf lebensnahe Wirtschaftsbildung, die die Schülerinnen und Schüler ermächtigt, aktiv am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Regelmäßige externe Schulleistungsbeurteilung soll sicherstellen, dass diese Bildungsziele konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

### 3. Förderung der Integration durch Bildung:

Der Bildungsbereich spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration. Bereits im Kindergarten müssen Deutschkenntnisse und gemeinsame Werte vermittelt werden, um die Basis für eine erfolgreiche



V. l. n. r.: Christoph Neumayer (IV-Generalsekretär), Rudolf Taschner (ÖVP), Sibylle Hamann (Grüne), Petra Tanzler (SPÖ), Martina Künsberg Sarre (Neos), Hermann Brückl (FPÖ), Gudrun Feucht (IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft), Manuela Raidl (Moderation)

Integration zu schaffen. Multiprofessionelle Teams, die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen, sind dabei ebenso wichtig wie ein besserer Verteilungsschlüssel für Kinder mit Sprachdefiziten.

Industriellenvereinigung sieht sich dabei als Impulsgeber und hat ein umfassendes Bildungsprogramm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ vorgelegt.

Aus Sicht der IV ist künftig ein strukturierter Bildungsdialog notwendig, der über Legislaturperioden hinausgeht und alle relevanten Stakeholder einbindet. Die

## WEBTIPP

Weiterführende Informationen:  
[www.beste-bildung.at](http://www.beste-bildung.at).

## Olympiade für die „klugen Köpfe“ der Zukunft

Die Industriellenvereinigung unterstützte wieder den Tag der Wissenschaftsolympiade, an dem Österreichs beste Schüler in den MINT-Disziplinen zusammenkommen.

Am 20. Juni fand wieder der Tag der Wissenschaftsolympiade statt, an dem die größten jungen Talente im MINT-Bereich zusammenkommen – mit Unterstützung der Industriellenvereinigung. Das Event hat sich zu einem wichtigen Ereignis im österreichischen Bildungskalender entwickelt und bringt die besten Schüler zusammen, die Österreich bei internationalen Olympiaden in Mathematik, Physik, Chemie, Informatik und Philosophie vertreten. Organisiert vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Universität Wien zielt der Tag darauf ab, herausragende Talente in den MINT-Fächern und der Philosophie zu fördern und ihre Leistungen bekannter zu machen.

IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte dabei die entscheidende Rolle der Wissenschaftsolympiaden für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft, da sie die „klugen Köpfe“ hervorbringen, die notwendig sind, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Die österreichischen Teilnehmer erzielten bei den Wissenschaftsolympiaden 2024 tatsächlich bemerkenswerte Erfolge: Bei der Mathematik-Olympiade in Großbritannien erreichte das Team mit 127 Punkten das beste Ergebnis seit 1991. Auch bei der Balkan-Physik-Olympiade und der Mädchen-Informatik-Olympiade wurden Medaillen errungen, darunter eine Goldmedaille in Informatik. Besonders hervorzuheben ist die Chemie-Olympiade in Saudi-Arabien, bei der alle österreichischen Teilnehmer Medaillen gewannen, darunter eine Goldmedaille. Diese Erfolge zeigen das hohe Niveau der österreichischen Talente und unterstreichen die hohe Bedeutung der Begabtenförderung.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden die österreichischen Teams, die an den bevorstehenden internationalen Olympiaden teilnehmen, von Bildungsminister Martin Polaschek im BMBWF empfangen. Gudrun Feucht, Leiterin des



Gudrun Feucht, IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft und Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär



# Neue JI-Studie zum Pensionssystem

*Ergebnis: Dringender Reformbedarf bei den Pensionen.*

Eine aktuelle Studie von Eco Austria im Auftrag der Jungen Industrie analysiert die zukünftigen Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems und unterstreicht die Dringlichkeit, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Der demografische Wandel, insbesondere der Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten (Verhältnis zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen), stellt das System vor erhebliche Herausforderungen. Bis 2060 wird erwartet, dass auf einen Pensionisten nur noch etwa zwei Erwerbstätige kommen, was die Ausgaben für Pensionen in die Höhe treiben und den finanziellen Druck auf den Staat erhöhen wird.

Die Studie betont, dass nicht nur die Pensionsausgaben, sondern auch die Kosten in anderen altersabhängigen Bereichen wie Gesundheit und Pflege steigen werden. Dies könnte die finanziellen Spielräume des Staats einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden. Es ist daher essenziell, Maßnahmen zu priorisieren, die sowohl die Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems stärken als auch die Belastung des Einkommens ausgleichen.

Um den Herausforderungen zu begegnen, arbeitet die Studie mehrere Reformansätze aus. Eine zentrale Empfehlung ist die schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Diese Maßnahme würde nicht nur die Nachhaltigkeit des Pensionssystems verbessern, sondern auch dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Allerdings sind begleitende Maßnahmen mitzudenken, um den Übergang für ältere Arbeitnehmer zu erleichtern, etwa flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein altersgerechtes Arbeitsumfeld. Diese sollen aber, wie die OECD argumentiert, nicht so gestaltet

sein, dass sie erst recht zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führen.

Darüber hinaus wird eine Reduktion der Neuzugänge in Invaliditätspensionen durch präventive Gesundheitsmaßnahmen empfohlen. Ein weiterer Ansatz zur Stabilisierung des Systems ist die Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge: Steuerliche Anreize könnten dazu beitragen, die Attraktivität dieser Vorsorgeformen zu steigern, und somit den Druck auf das staatliche Pensionssystem verringern.

Abschließend spricht sich die Analyse dafür aus, dass insbesondere Maßnahmen zu unterlassen sind, die die Ausgabedynamik des Systems weiter verstärken. Dabei wird der Pensionserhöhungsautomatismus angesprochen, der jährlich die Ausgaben für Pensionen an die Inflation anpasst und somit weiter erhöht.

Insgesamt zeigt die Studie klar auf, dass die Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems nur durch eine Kombination aus Reformen und strategischer Planung bewältigt werden können. Eine rechtzeitige Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist entscheidend, um die langfristige Sicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten und die finanziellen Belastungen für kommende Generationen zu minimieren.

Die gesamte Studie zum Nachlesen finden Sie hier:



# Erfolgreicher JI-Jungunternehmertag in Graz

*Zum ersten Mal fand ein bundesweiter Jungunternehmertag statt, bei dem sich alles um Unternehmertum drehte.*

Am 29. August 2024 trafen sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich in Graz zum ersten Jungunternehmertag der Jungen Industrie. Der Tag begann mit einer inspirierenden Keynote von Karl Rose, der spannende Einblicke in die „Zukunft der Energiewende“ gab. Anschließend konnten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops ihr Wissen vertiefen. Besonders beliebt waren Themen wie „AI Use Cases in Business“ mit Isabella Nowotny-Hengl sowie „Kraft der Marke“ mit Florian Rock und Lukas Schwering, die praxisnahe Einblicke und wertvolle Strategien boten.



Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Raum für Networking bot, folgten weitere Workshops, unter anderem zu „Commercial Excellence“ von Constantin Krenn und Ursina Müller und „Mitarbeiterbeteiligung & FlexKap“ mit Martin Mertel und Angelika Kurz. Ein Highlight war das Kamingespräch mit Alfred Marchler von der ZETA Holding, das mit persönlichen Einblicken und praxisnahen Tipps für reges Interesse sorgte.

Der Tag fand seinen Abschluss in einem gemütlichen Abendessen im Café Promenade, wo die Teilnehmenden den Tag in entspannter Atmosphäre ausklingen ließen und neue Kontakte knüpfen konnten. Der Jungunternehmertag 2024 war somit ein voller Erfolg und bot eine ideale Plattform für Weiterbildung und Vernetzung!



## WUNSCH ANS CHRISTKIND ...

*... oder an die nächste (vernünftige) Bundesregierung.*

Meine Weihnachtswünsche möchte ich dieses Jahr einmal etwas verfrüht loswerden: Ende September ist (wieder mal) Zeit der Weichenstellung – diesmal für das „gelobte“ Österreich. Die Aussichten sind eher trist, das Land steht vor einer weiteren Zersplitterung zwischen links und rechts.

Dabei steht fast nur mehr Ideologie im Vordergrund. Ein sachlicher Austausch ist kaum mehr möglich. Auf der Strecke bleiben vernünftige, langfristige Reformen und Entlastungen für die arbeitenden Menschen sowie die Wirtschaft. Schaut man sich die Wahlprogramme an, entdeckt man eigentlich nur Kosten und Ausgaben – Effizienzreformen oder Gegenfinanzierungen sind scheinbar gerade out.

Dabei brauchen wir das dringend. Neben einer gezielten, langfristigen Pensionsreform müssen wir das Geld gezielt und vor allem zukunftsgerichtet einsetzen. Wo bleibt die Idee eines österreichischen Staatsfonds, der sich unabhängig von Wahlperioden Gedanken macht, wie wir unser Geld als gesamter Staat vermehren können? Der strategisch in Forschung, Entwicklung oder Bildung investiert? Sich um echte Digitalisierung kümmert und praxistaugliche KI-Projekte fördert? Oder sinnvoll visionäre Startups finanziert, damit auch endlich (neue) österreichische Unternehmen bei den Top-Playern weltweit mitspielen können? Was ich vermisst, ist eine Vision für Österreich: Wie wollen wir junge Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen, wenn sie nur mit Problemen konfrontiert werden und niemand eine Idee von Österreich in der Zukunft hat?

„Man kann ja noch träumen“ – vielleicht kratzt der Standort Österreich noch die Kurve und erkennt rechtzeitig, dass Unternehmen immer mehr abwandern. Eventuell erkennt ein Politiker, dass uns die USA und China schon lange abgehängt haben, was Innovationskraft und Investitionsfreude betrifft. Auch Indien ist drauf und dran, Europa zu überholen. Uns bleibt übrig zu wünschen, dass wir aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen, und uns mutig den Herausforderungen stellen, die wir uns in den letzten Jahrzehnten selbst eingebracht haben.

Wird schon werden!

Julia Aichhorn,  
Bundvorsitzende der Jungen Industrie



# Die unsichtbare Bremse: Produktivitätsgewinne liegen heute in der Wissensarbeit

von Isabella Mader, Vorstand Excellence Research, Wien.

Einer der Erfolge des 20. Jahrhunderts war die Steigerung in der Produktivität physischer Arbeit, sie wurde mindestens verfünffacht“, schrieb Peter Drucker in „Management Challenges of the 21st Century“. „Der wichtigste Beitrag von Management im 21. Jahrhundert wird sein, die Produktivität von Wissensarbeit zu erhöhen“, so Drucker weiter – doch wo stehen wir da heute? Alle gestresst, niemand hat mehr Zeit, alle überlastet; Flüchtigkeitsfehler steigen.

Im Extremfall verstreichen deutlich über 50 Prozent der bezahlten Arbeitszeit ohne Not völlig unproduktiv. 50 Prozent! Wir vergeuden drei Stunden täglich mit der Rückkonzentration nach Unterbrechungen, wir suchen eine bis drei Stunden täglich, unverändert in den letzten 25 Jahren, und gehen in Massenbearbeitung unter: Die pro Person zu bearbeitenden Informationen haben sich seit den 1970er-Jahren verachtzigfacht. Gleichzeitig ist Reaktionsschnelligkeit eine zentrale Schlüsselvariable des Erfolgs. Und ja, Innovation entsteht nicht in zehn Minuten zwischen zwei Meetings.

Was also tun? Um die Mengen anstehender Aufgaben bewältigen zu können, beispielsweise aus reichlich neuen Reportingverpflichtungen, suchen wir händeringend auf einem leer gefischten Arbeitsmarkt zusätzliche Mitarbeiter. Bei galoppierender Zunahme der Aufgaben kann die Lösung allerdings nicht lauten, nächstes Jahr doppelt so viele Beschäftigte zu haben – oder einfach schneller zu arbeiten. Die Neubewertung des menschlichen Beitrags ist jetzt tatsächlich auf dem Tisch. Um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, können wir menschliche intellektuelle Leistung nicht mehr in Massenbearbeitung verschleifen.

Die Lösung wird voraussichtlich nicht aus Einzelmaßnahmen kommen. Sie wird nicht allein im Rollout künstlicher

Intelligenz liegen, und wohl auch nicht ausschließlich in einer Veränderung des Managements. Es geht vor allem darum, eine geeignete Kombination und Passung von Maßnahmen zu finden, die strategisch die Herausforderungen des eigenen Unternehmens adressieren. In einer Zeit jenseits von Standardrezepten schreiben wir alle gemeinsam Managementgeschichte an der Schwelle zum KI-Zeitalter neu; und das im gestreckten Galopp. In Zeiten dynamischer Entwicklung ist Austausch eine wertvolle Inspiration für Entscheider. Eine Gelegenheit dazu bietet sich beim

diesjährigen 16. Global Peter Drucker Forum, das am 14. und 15. November in der Wiener Hofburg über die Bühne gehen wird. Internationale Topmanager aus verschiedensten Branchen, Praktiker und Vordenker tauschen sich dabei zu „Best und Next Practices“ aus, um voneinander zu lernen. Dabei sein werden unter anderem Amy Edmondson, die von „Thinkers 50“ als Nummer eins gereichte Managementdenkerin, sowie die leitende „Financial Times“-Redakteurin (und seit Kurzem auch Provost des King's College Cambridge) Gillian Tett, der Aufsichtsrats-Chef

von Bosch, Stefan Asenkerschbaumer, die Generaldirektorin von Infineon Österreich, Sabine Herlitschka, der vormalige CEO von Carl Zeiss und nunmehrige Präsident des KIT (Karlsruher Institut für Technologie) sowie des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft, Michael Kaschke, sowie Peter Kirchschräger, Ethiker des digitalen Zeitalters, und viele andere mehr. Die Frage der „Next Knowledge Work“ soll aus vielen verschiedenen Perspektiven praxisorientiert beleuchtet und in einigen „Debates“ kontroversiell diskutiert werden. [www.druckerforum.org](http://www.druckerforum.org)

16<sup>TH</sup> GLOBAL PETER DRUCKER FORUM

NOV 14-15 2024

HOFBURG Vienna

THE NEXT KNOWLEDGE WORK

MANAGING FOR NEW LEVELS OF VALUE CREATION AND INNOVATION

[www.druckerforum.org](http://www.druckerforum.org)

## SCHWUNGVOLLER SOMMER DER JI-WIEN

Sommerevents der Landesgruppe Wien fördern Teamgeist und Networking.

Nachdem das Jahresprogramm verstärkt auf Inhalte setzt, nutzte die JI-Wien den Sommer, um den Schläger zu schwingen: Dem Padel-Match folgte ein Golfturnier, bei dem die Mitglieder ihr Können unter Beweis stellen konnten. Besonders viele JI-ler fanden sich für das erste Padeltennis-Turnier zusammen – die tennisähnliche Sportart weckte nicht nur den Ehrgeiz der Teilnehmer, sondern stärkte auch den Teamgeist. Gespielt wurden 15-minütige Matches mit wechselnden Partnern. Dabei spielten Anfänger zusammen mit geübten Padelspielern, um faire Matches zu ermöglichen. Im August sorgte das bereits zum zweiten Mal stattfindende Golfturnier für reges Interesse: Gespielt wurde abermals ein Texas Scramble in mehreren Flights. JI-Wien-Vorsitzender Maximilian Nimmervoll verteidigte seinen Titel erfolgreich und durfte sich somit erneut selbst den

Pokal für den ersten Platz überreichen. Für diejenigen, die noch neu im Golfsport sind, wurde ein Schnupperkurs auf der Driving Range angeboten. Im Vordergrund stand



dabei, erste Erfahrungen zu sammeln und grundlegende Techniken zu erlernen. Abgerundet wurden die beiden Tage jeweils mit einer Stärkung beim gemeinsamen



Abendessen. Das Sommerprogramm mit den Sportturnieren konnte somit sowohl leidenschaftliche Sportler als auch Netzwerkfreudige begeistern.







## DER (VERSTECKTE) WÄHLERAUFTRAG AN DIE NÄCHSTE REGIERUNG

*Ach, was nicht alles Schönes im Wahlkampf versprochen wird! Realistisch ist wenig davon – nach der Wahl wird man den bitteren Realitäten ins Auge sehen und strukturell handeln müssen.*

### DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Dass man nicht alles, was von Politikern im Wahlkampf versprochen wird, immer für bare Münze nehmen sollte, das ist den meisten klar. Aber selten war die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit größer als in diesem Wahlkampf: Da werden die schönsten neuen Sozialleistungen versprochen, finanziert ganz einfach über neue Vermögenssteuern – und ein Sparpaket braucht's sowieso ganz sicher nicht, wo kommen wir da hin?!

Beinahe könnten einem die Politikerinnen und Politiker schon ein kleines bisschen leidtun in diesem Wahlkampf – denn angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung und vor dem Hintergrund gähnender Leere in den Staatskassen ist bereits klar: Jetzt wird blumig alles Mögliche versprochen, aber in Wahrheit muss der Karren aus dem Dreck gezogen werden. Fast könnten sie einem leidtun, aber eben nur fast – denn vieles an der derzeitigen Misere ist leider auch einfach hausgemacht.

### „Verlorene Jahre“

Wie tiefgreifend die aktuelle Krise tatsächlich ist, zeigen einmal mehr die nackten Zahlen – facts don't lie! Zwischen 2019 und 2024 ist das reale BIP pro Kopf in Österreich um 1,7 Prozent gesunken; wir sind damit das absolute Schlusslicht in der EU. Agenda Austria hat daher von „fünf verlorenen Jahren“ gesprochen. Das allein wäre schlimm genug – aber tatsächlich befinden wir uns in einer deutlichen Industrie-Rezession. Das macht sich mittlerweile auch in der Arbeitslosenstatistik bemerkbar: Im August wurde in der Industrie ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 16 Prozent verzeichnet! Besserung ist nicht in Sicht.

Klar, es gab viele widrige Umstände – nicht nur bei uns, aber wir waren stärker davon betroffen. Denn wir sind spätestens seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 strukturell schlecht

aufgestellt – mit einer starken Pipeline-gas-Abhängigkeit, weniger Zukunftsindustrien, hohen Steuern und insgesamt Standortkosten sowie oftmals zu langsamen Verwaltungsabläufen. Das sollten keine Ausreden sein, sondern Ansporn zur Veränderung. Die Abschaffung der kalten Progression war ein wichtiger und von vielen unterschätzter Meilenstein – aber allein zu wenig, um die erforderlichen Standortimpulse zu setzen.

Die Kompromisse in einer Koalition sind oft größer, als man wünscht. Und wenn, nach Max Weber, die Gesinnungsüber die Verantwortungsethik dominiert, geht es gesichert in die falsche Richtung. Die einen hätten vermutlich mehr machen wollen – doch die anderen waren in ihrem grün-ideologischen Käfig gefangen. Der Weg zu einer ökosozialen Marktwirtschaft braucht jedoch ein funktionierendes marktwirtschaftliches Fundament und keine Planwirtschaftsspiele. Dafür müssen zunächst strukturelle Reformen hochpriorisiert werden – statt Beruhigungszuckerl und Träumereien.

### Warnungen in den Wind geschlagen

Es ist müßig, über die Vergangenheit zu sinnieren, bleiben wir also im Hier und Jetzt: Die Deindustrialisierung ist in vollem Gange. Damit geht es nun direkt an das Fundament unserer Volkswirtschaft. Wir verdienen jeden zweiten Euro im Export – wenn da die exportorientierte Industrie wegbreicht ...

Vor ebendieser Entwicklung habe ich seit Jahren gewarnt – leider wurden viele dieser Warnungen von der Politik nicht ernst genug genommen. Die durch gut gemeinte, aber falsche politische Maßnahmen (Teuerungsausgleich, Klimabonus, Energiekostenzuschuss ... immer mit der Gießkanne!) nochmals hochgepushte Megainflation und die in der Folge überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen (und das über zwei Jahre!) waren nun der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur angeschlagen, sondern geradezu abgeschmiert. Damit wird aber auch die Republik zunehmend unter Druck geraten. Denn nun beginnt etwas, wovon wir auch seit Langem warnen: Stottert der Industriemotor, gibt es auch weniger Geld zu verteilen. Die Folge: Die Staatsverschuldung steigt in weit höherem Ausmaß als erwünscht. Das aktuelle Budget hatte von vornherein eine hohe Neuverschuldung eingeplant. Dabei hatte man damals, im Herbst 2023, noch mit einem Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent gerechnet. Wenn wir für heuer überhaupt ein Wachstum schaffen werden, müssen wir froh sein! Die Folge: In den ersten sieben Monaten des Jahres war ein „Budgetloch“ von rund acht Milliarden geplant, tatsächlich sind es jetzt schon fast 16 Milliarden!

### Extremer Spagat

Damit sollte klar sein: All die schönen Versprechen im Wahlkampf sind irrelevant. Jede neue Bundesregierung, unabhängig von ihrer Zusammensetzung, wird gezwungenermaßen vor allem mit einer Kernaufgabe beschäftigt sein: Es muss der Spagat gelingen zwischen einer Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit als Basis für Wohlstand und Wachstum einerseits und einer raschen Sanierung unseres Staatshaushalts andererseits. Ersteres muss die Hauptaufgabe gleich zu Beginn sein – denn was will man verteilen, wenn kein Kuchen mehr da ist?

Hier wird es eine ganze Reihe an strukturellen Maßnahmen benötigen. Man wird um eine komplette Reform des Einkommensteuersystems und des Pensionssystems nicht herumkommen. Wir müssen die Belastungsquote durch Steuern und Abgaben insgesamt deutlich unter 40 Prozent drücken! Bürokratieabbau, Lohnnebenkostensenkung, kapitalgedeckte Pensionen, und, und, und – wir wissen eigentlich eh alle, was es bräuchte. Nun muss man endlich vom Reden ins Tun kommen.

Gleichzeitig wird man aber auch nicht um eine Budgetsanierung herumkommen. Und im Höchststeuerland Österreich kann das nur durch ausgabenseitige Maßnahmen

gelingen. Die berühmt-berüchtigten strukturellen Reformen, ob nun bei den Pensionen, beim Föderalismus, im Bildungswesen, bei den üppigen Förderungen ...

Seit Jahren haben viele Experten aus dem In- und Ausland immer wieder betont, dass es besser wäre, früher als später mit strukturellen Reformen gegenzusteuern, weil man sonst bald einen Punkt erreicht, wo es dann wirklich wehtut; wehtun muss.

Das wurde unter Bundesregierungen verschiedenster Zusammensetzung de facto ignoriert, die Probleme wurden mit Steuergeld zugedeckt. Die letzte wirklich große Strukturreform war die Pensionsreform unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel! So kann es nicht weitergehen.

Vergessen wir mal die schön klingenden, aber realitätsfernen Wahlkampfansagen. Am 30.9. sind sie Makulatur und die harsche Realität bricht über uns herein. Dann muss ein Regierungsteam gefunden werden, das den Tatsachen mit scharfem Verstand in die Augen blickt und pragmatisch, unideologisch und ja, unternehmerisch, überfällige Strukturreformen angeht und dabei die Menschen mitnimmt, um einen klaren Kurs zu Wohlstand und Sicherheit ab Tag eins umzusetzen. Ein Regierungsteam, das Rahmenbedingungen schafft, damit wir als kleines Industrieland unseren Wohlstand wieder selbst verdienen können – erst das ermöglicht dann auch den Erhalt unseres großzügigen Sozialstaats. Wir müssen also wieder dorthin zurück, wo wir ja schon mal waren: in der Spitzengruppe Europas, was die wirtschaftliche Dynamik und den Grad an Innovation angeht. „Klein, aber oho“ war immer das Markenzeichen von „Made in Austria“!

Das ist der versteckte, aber letztlich wahre Wählerauftrag!

Christian C. Pochtler,  
Präsident der IV-Wien

## Ordentliche Vollversammlung der IV-Wien

**18. November**  
Haus der Industrie

**17:30**  
Interner Teil (nur für IV-Wien-Mitglieder!)

**18:15 (Einlass ab 18:00)**  
Öffentlicher Teil

**Keynote Speaker:**  
DR. MICHAEL LUDWIG, Bürgermeister der Stadt Wien



# „Wien hat sich enorm entwickelt!“

Seit eineinhalb Jahrzehnten leitet Gerhard Hirczi die Wirtschaftsagentur Wien. In dieser Zeit hat sich viel getan – Wien ist zu einer wichtigen Wirtschaftsmetropole in Europa geworden.

*Sehr geehrter Herr Hirczi, Sie verabschieden sich nach über 15 erfolgreichen Jahren als Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien mit Jahresende in den Ruhestand. Mit Blick auf die Entwicklung des Wirtschafts- und Technologiestandorts Wien: Wie sieht Ihre Bilanz aus?*

Zu Beginn meiner Tätigkeit im Jahr 2009 war das Thema „Industrie und Produktion in Wien“ im Mindset von Politik und Gesellschaft eher eine Randnotiz.

Heute, nachdem die damalige Stadträtin Renate Brauner die Wiener Wirtschaftspolitik auch in Richtung der Produktion positionierte und Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke diesen Weg nun konsequent fortsetzt, ist das Bild ein völlig anderes.

„Smarte Produktion“ ist nun eines der sechs Spitzenthemen der Wiener Wirtschaftsstrategie 2030, Wien beheimatet einige Weltmarktführer in der Additiven Produktion und die erste Pilotfabrik Österreichs für Industrie 4.0 steht schon seit etlichen Jahren im Technologiezentrum Seestadt der Wirtschaftsagentur Wien – und nicht in Oberösterreich oder der Steiermark.

Rückblickend kann ich sagen: Wien hat sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten enorm weiterentwickelt und in zahlreichen Bereichen so richtig Gas gegeben. Heute sind wir die zweitgrößte Stadt im deutschsprachigen Raum, die fünftgrößte Stadt in der EU und eine ernst zu nehmende internationale Wirtschaftsmetropole. Die Anzahl der technologieentwickelnden Unternehmen

hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten verdreifacht – und nicht etwa von drei auf neun, sondern von 500 auf 1.500! Als Ostregion sind wir im vergangenen Jahr erstmals in der Gruppe der „Innovation Leaders“ aufgeschieben – dazu muss man eine Innovationsleistung von über 125 Prozent des EU-Durchschnitts liefern. Insgesamt ist also das gesamte Ökosystem viel robuster und exzellenter geworden.

*Was waren für Sie besondere Highlights in der Zusammenarbeit zwischen Industrie, Stadt Wien und Wirtschaftsagentur in den vergangenen Jahren?*

Lassen Sie es mich so sagen: Wissen Sie, wie viele Städte es gibt, in denen die Industrie, die Administration und die Politik gemeinsam an Programmen zur Weiterentwicklung arbeiten? Ich hege den Verdacht, dass es weltweit nicht so viele gibt ...

Hier in Wien arbeiten die genannten Akteure mit dem Wiener Standortabkommen gemeinsam an den nächsten erforderlichen Schritten, und das ist gut so. So lernt man die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der anderen Seite kennen – und kann sie letztendlich auch verstehen und akzeptieren.

Ein weiteres Highlight war für mich die Bewusstseinskampagne „Made in Vienna“. In dieser gemeinsamen Kooperation mit der Industriellenvereinigung Wien und der Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Wien konnten wir den Wienerinnen und Wienern „ihre“ industriellen Leitbetriebe der Stadt näherbringen. Ich bin überzeugt, dass wir

dadurch vielen Menschen vor Augen geführt haben, dass ganz viele Produkte des täglichen Bedarfs hier in Wien hergestellt werden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich das Fachkonzept „Produktive Stadt“: Hinter diesem sperrigen Ausdruck verbirgt sich eigentlich eine für eine Millionenstadt sensationelle Vorgehensweise: Mit dem Konzept wurden langfristig geeignete Flächen innerhalb des Stadtgebiets rein für die industrielle Nutzung gesichert. Das war schon ein sehr deutliches Signal an alle produzierenden Unternehmen der Stadt und die, die es noch werden wollen: Ihr seid der Stadt wichtig, wir wollen euch in der Stadt haben und es gibt hier Flächen für euch – eine Behandlung, wie es sie auch für den Wohnbau gibt.

*Was sind Ihrer Meinung nach aktuell die größten Herausforderungen für Wien am Weg zur Technologiemetropole von Weltrang?*

Wir alle kennen die komplexe Situation, in der sich unsere Industrie heute befindet. Für eine Weiterentwicklung muss national, aber auch auf europäischer Ebene an vielen Schrauben gedreht werden – ob bei Energiekosten, Arbeitskräftemangel, Regulierungsvorschriften oder vielem mehr.

Um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen, führt meines Erachtens jedenfalls kein Weg vorbei an konsequenter Innovationsorientierung. Noch hat Europa hier in vielen Bereichen eine gute Ausgangsposition – aber nicht endlos Zeit, um diese Position zu

behaupten oder im besten Fall auszubauen. Diesen Eindruck könnte man allerdings mitunter angesichts langsamer Entscheidungsprozesse, mangelnder Entschlossenheit und eines gewissen blinden Flecks hinsichtlich des Big Pictures manchmal leider gewinnen.

*Wenn wir nun an die nahe Zukunft denken: Welche Projekte sind noch in Ihrer Pipeline, die Ihnen persönlich am Herzen liegen?*

Die Wirtschaftsagentur Wien möchte als Standortagentur eine gute Partnerin für die Wiener Wirtschaft beim Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit sein; einerseits, weil sich die Stadt hier selbst ambitionierte Ziele gesetzt hat, andererseits, weil sich dadurch wirklich viele neue Chancen für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen auftun.

Es ist kein Geheimnis: Ein Herzensanliegen von mir ist die internationale Positionierung von Wien als Wirtschafts- und Technologiemetropole. Seit 2010 ist hier schon einiges gelungen und als Wirtschaftsstandort sind wir mittlerweile auf Mindmaps, auf denen wir vor einigen Jahren sicher noch nicht aufgeschieben sind. Mit Vienna Business, dem neuen internationalen Auftritt für den Wirtschaftsstandort Wien, haben wir heuer einen wichtigen Schritt gesetzt. Aber wie man so schön sagt: „The sky is the limit“, oder auf Österreichisch: „Da geht noch was“ – in der internationalen Positionierung ist sicherlich noch einiges möglich. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob sich das bis zu meinem Abschied Ende Dezember noch ausgehen wird ...

